

Neubau eines Radweges an der L 473 zwischen L 475 und Wierthe

Unterlage 19.2 Unterlage zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gem. UVPG / NUVPG

im Auftrag der:

Gemeinde Vechede
Hildesheimer Straße 85
38159 Vechede



bearbeitet durch:



Stitz Landschaftsarchitektur GmbH
Kleine Heide 6a
38159 Vechede

Vechede, Februar 2023

Bearbeitung: Dipl.-Ing. (FH) A. Stitz

Vechelde, Februar 2023

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'A. Stitz', written over a dotted line.

Dipl.- Ing. (FH) Alexander Stitz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Begründung und Beschreibung des Vorhabens.....	1
2.1	BEGRÜNDUNG	1
2.2	TECHNISCHE BESCHREIBUNG	2
3	Rechtliche Grundlagen	3
4	Methodisches Vorgehen	3
5	Merkmale des Vorhabens, allgemeine Auswirkungen.....	6
5.1	AUSWIRKUNGEN UND MERKMALE DES VORHABENS.....	6
5.1.1	Flächeninanspruchnahme / Neuversiegelung / Vegetationsverluste.....	6
5.1.2	Lärmemissionen / Schadstoffemissionen / sonstige Emissionen	7
5.1.3	Zerschneidungswirkungen	7
5.1.4	Visuelle Änderungen.....	7
5.1.5	Veränderungen des Grundwassers	7
5.1.6	Änderungen oder Verlegung von Gewässern.....	8
5.1.7	Klimatische Veränderungen.....	8
5.1.8	Belastete Böden	8
5.1.9	Veränderungen von Kultur- und Sachgütern	8
5.1.10	Beurteilung der projektbedingten Wirkungen.....	9
5.2	STANDORTBEZOGENE KRITERIEN	9
5.2.1	Raumordnung / Flächennutzungsplanung.....	9
5.2.2	Rechtswirksame Schutzgebietskategorien	10
5.2.3	Auswirkungen auf die Schutzgüter	10
6	Gesamteinschätzung	12
7	Quellen	13

Anlagenverzeichnis

Anlage 1: Prüfkatalog zur Allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 3c UVPG

1 Einleitung

Die Gemeinde Vechelde beabsichtigt an der L 473, von der L 475 bis nach Wierthe einen Radweg herzustellen, um so die Verkehrssicherheit für Radfahrer zu verbessern. Die Notwendigkeit für den Bau des Radweges zwischen der L 475 und Wierthe ergibt sich aus dem Radwegekonzept.

Durch den Neubau eines Radweges wird die Verbindung zwischen Wierthe und Köchingen bzw. Vechelde in Richtung Norden und Vallstedt in Richtung Süden für den nicht motorisierten Alltags- und Schülerverkehr attraktiver. Damit ist die Erwartung verbunden, die Anzahl der Radfahrer zu steigern und auch Verbesserungen für den Freizeitverkehr zu erzielen.

Der Radweg entlang der Landesstraße soll die Verkehrssicherheit für die Radfahrer erhöhen, die in der Folge nicht mehr die schmale, ca. 6,0 m breite Straße L 473 benutzen müssen.

Zwischen den Ortschaften sind vor allem auch Kinder zur Schule unterwegs. Diese bedürfen eines besonderen Schutzes. Aber auch für den motorisierten Verkehr verbessert sich die Situation, weil künftig bei Gegenverkehr nicht mehr hinter Radfahrern stark abgebremst werden muss. Die überarbeitete Straßenverkehrsordnung schreibt außer Orts einen Mindestabstand von 2,0 m vor. Die Fahrbahnbreite der L 473 von ca. 6,0 m lässt eine Vorbeifahrt an Radfahrern im Begegnungsfall PKW / PKW unter diesen Bestimmungen nicht zu.

2 Begründung und Beschreibung des Vorhabens

2.1 Begründung

Durch die Verbesserung des Radwegenetzes soll der Anteil nicht motorisierter Verkehrsteilnehmer erhöht und dadurch die mit dem motorisierten Verkehr verbundenen Immissionen verringert werden. Dies würde auch den angrenzenden Schutzgebieten zugutekommen.

2.2 Technische Beschreibung

Der Radweg schließt nördlich des Knoten L473/L475 am bestehenden Radweg Vallstedt-Köchingen auf der Westseite der L 475 Abs. 240 ca. bei Station 0,027 an. Baubeginn der Radwegtrasse an der Station 0+010.00.

Unmittelbar im Anschluss quert der Radweg die L 475 und führt in einem Abstand von ca. 1,0 – 1,5 m zur vorhandenen eingemessenen Ackergrenze parallel entlang zur L 473. Bei Station 0+615.89 wird ein Feldweg und ein sich parallel dazu befindlicher Entwässerungsgraben gequert. Auf Grund des Schachtbauwerkes einer Abwasserdruckleitung erfolgt in diesem Bereich ein leichtes Verwinden des Radweges. Bei Station 0+975.69 quert die Trasse den Dummbruchgraben. Hier ist unter Beachtung naturschutzfachlicher Belange der Bau eines Rahmen-Durchlassbauwerkes aus Betonfertigelementen vorzusehen. Nach Querung der Zufahrt zu einem weiteren Feldweg an Station 1+085.92 endet der Radweg am Ortseingang der Gemeinde Wierthe in Höhe der Gemeindestraße „An der Wiese“ bei Station 1+161.57.

Gemäß RAL 12 wird der Fahrbahnbegleitende Geh- und Radweg auf einer Straßenseite als gemeinsamer Geh- und Radweg (Zeichen 240 StVO) angelegt. Die Breite beträgt durchgängig 2,50 m. Der Bau des Radweges erfolgt als selbstständig trassierter und von der Fahrbahn getrennter fahrbahnbegleitender Zweirichtungsradweg.

Der Radweg wird unter Nutzung der natürlichen Geländeform in Abhängigkeit des Mindestabstands von 2,50 m zur vorhandenen Baumallee im relativ gleichbleibenden Abstand zur Fahrbahn geplant. Die Lage wird dabei auch so gewählt, dass Radfahrer durch den Kfz-Verkehr nicht unzumutbar geblendet werden.

Die querenden Wirtschaftswege werden senkrecht zur Achse und somit auf dem kürzesten Weg gekreuzt.

Die Ausbaubreite beträgt durchgängig 2,50 m. Der Bankettstreifen zur Ackerseite ist 0,6 m und der Bankettstreifen zur Straßenseite ist 0,5 m breit. Daran schließt sich ein 1,20 breiter begrünter Seitenstreifen zur Aufnahme des Oberflächenwassers an. In Dammlagen erfolgt die Geländeanpassung mittels Böschung. mit einer Böschungsneigung von max. 1:2. Im Bereich des Dummbruchgrabens werden zum Ausgleich des verlorengegangenen Retentionsraumes 2 Mulden mit einem Volumen von ca. 11,0 und 13,0 m³ angelegt.

Eine ausführliche Beschreibung sowie die Darstellung der verschiedenen Radwegquerschnitte sind dem technischen Erläuterungsbericht zu entnehmen.

3 Rechtliche Grundlagen

Radwege gehören gemäß § 2 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) zum Bestandteil einer öffentlichen Straße. Entsprechend Nr. 21 Anlage 1 NUVPG ist hierfür eine Allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls erforderlich (vgl. auch § 5 NUVPG sowie § 3 c – e UVPG).

Entsprechend dem NUVPG ist im Rahmen dieser Untersuchung zu prüfen, ob aufgrund von erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens auf die in Anlage 2 des NUVPG genannten Schutzgebiete und Kriterien die Verpflichtung zur Durchführung einer vollständigen Umweltverträglichkeitsprüfung besteht.

Gem. § 3c in Verbindung mit § 3b UVPG besteht die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung auch, wenn mehrere Vorhaben derselben Art, die gleichzeitig von demselben oder mehreren Trägern verwirklicht werden sollen und in einem engen Zusammenhang stehen (kumulierende Vorhaben), zusammen die maßgeblichen Größen- oder Leistungswerte erreichen oder überschreiten.

Entsprechend dem UVPG stellt diese Untersuchung eine Entscheidungsgrundlage dar, anhand derer zu prüfen ist, ob aufgrund von erheblichen Umweltauswirkungen des Vorhabens die Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht. Die zuständige Behörde entscheidet über das Bestehen einer UVP-Pflicht.

4 Methodisches Vorgehen

Die Vorprüfung des Einzelfalls erfolgt auf Grundlage der Kriterien des UVPG/NUVPG (vgl. auch Anlage 1):

1. Merkmale des Vorhabens

(Größe, Nutzung und Gestaltung von Wasser, Boden, Natur und Landschaft, Abfallerzeugung, Umweltverschmutzung und Belästigungen, Unfallrisiko)

2. Standort des Vorhabens

(ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets insbesondere hinsichtlich Nutzungs- und Schutzkriterien sowie unter Berücksichtigung der Kumulation mit anderen Vorhaben)

3. Merkmale der möglichen Auswirkungen

(erhebliche Auswirkungen des / der Vorhaben(s) aufgrund Ausmaß, dem etwaigen grenzüberschreitenden Charakter der Auswirkungen, Schwere, Komplexität, Wahrscheinlichkeit sowie Dauer, Häufigkeit und Reversibilität der Auswirkungen).

Grundlage zur Abarbeitung der Belange stellt der „Leitfaden zur Vorprüfung des Einzelfalls im Rahmen der Feststellung, der UVP-Pflicht von Projekten des Bundesministeriums für Naturschutz und Reaktorsicherheit (Endfassung vom 14.08.2003) dar.

Bezgl. der allg. Vorprüfung sieht diese folgende Abhandlung vor:

1. Die unter Nr. 1 der Anlage 2 zum UVPG genannten Merkmale des Vorhabens sind über eine Zusammenstellung der jeweiligen Wirkfaktoren, also ohne Berücksichtigung des konkreten Standorts dahin gehend zu prüfen, ob durch das Vorhaben für die Vorprüfung relevante Umweltauswirkungen denkbar sind. Ist das nicht der Fall, existieren also keine Wirkfaktoren von nennenswertem Gewicht, ist keine UVP erforderlich und die Vorprüfung des Einzelfalles ist hier unter nachvollziehbarer Begründung zu Ende. Gibt es jedoch Wirkfaktoren, die nicht von vornherein als belanglos zu bewerten sind, so ist die UVP-Pflicht über die nachfolgenden Prüfschritte abzuklären:
2. Unter Nr. 2 der Anlage 2 zum UVPG wird im Rahmen einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles generell die standortbezogene potenzielle Betroffenheit bei Realisierung des Vorhabens abgeschätzt. Maßgeblich sind jeweils insbesondere die in Nr. 2 der Anlage 2 vorgegebenen Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung möglicher Kumulativwirkungen mit anderen Vorhaben im Sinne von Vorbelastungen am Standort.
3. Aus den Ergebnissen zu 1. und 2. ergibt sich eine Liste möglicher nachteiliger Umweltauswirkungen. Diese sind in eine Beurteilung hinsichtlich ihrer Erheblichkeit über die unter Nr. 3 der Anlage 2 zum UVPG genannten Merkmale der möglichen Auswirkungen einzustellen. Dabei geht es um die

Beantwortung der Frage, ob die hier relevanten Wirkfaktoren des Vorhabens aus Nr. 1 einzeln oder in ihrer Gesamtheit an einem Standort, insbesondere wenn er unter Nr. 2 aufgeführt ist, zu erheblichen Umweltauswirkungen im Sinne von § 2 UVPG führen können.

Ergänzend wurde das HdUVP (Handbuch der Umweltverträglichkeitsprüfung, September 2011), speziell die Ausführungen “Die Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG” (Balla et al. 2011) berücksichtigt.

Angesichts der verfahrenslenkenden Funktion der Vorprüfung und damit auch des Erheblichkeits-begriffs sowie der Zuordnung der Beurteilungskriterien aus Nr. 3 der Anlage 2 zum NUVPG sind nachteilige Umweltauswirkungen erheblich aufgrund ihres möglichen Ausmaßes, ihres möglichen grenzüberschreitenden Charakters, ihrer möglichen Schwere, ihrer möglichen Komplexität, ihrer möglichen Dauer, ihrer möglichen Häufigkeit oder ihrer möglichen Irreversibilität.

Entsprechend des o. g. Leitfadens werden als nachhaltig, die Umweltauswirkungen, die negativen Veränderungen der menschlichen Gesundheit oder der physikalischen, chemischen oder biologischen Beschaffenheit einzelner Bestandteile der Umwelt oder der Umwelt insgesamt, die von einem Vorhaben ausgehen, klassifiziert.

Nach § 12 UVPG gilt für die Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen der Maßstab einer wirksamen Umweltvorsorge im Sinne der §§ 1, 2 Abs. 1 Satz 2 und 4 UVPG nach Maßgabe der geltenden fachgesetzlichen Vorschriften. Ein Vorhaben wird um so eher einer UVP bedürfen, je näher es einem Schwellenwert zur generellen UVP-Pflicht ist und umgekehrt (§ 3c Abs. 1 Satz 4 UVPG).

Der Begriff der “erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf die Umwelt” i.S. des UVPG ist nicht synonym mit dem der “erheblichen Beeinträchtigung” i.S. der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung des BNatSchG zu verwenden. Dabei zielt die Vorprüfung gem. Anlage 2 UVPG in erster Linie auf den Wert des Standortes des Vorhabens ab. Dementsprechend wird dann eine Auswirkung als erheblich und nachhaltig klassifiziert, wenn diese bestehende Raumnutzungen oder besonders bedeutsame Funktionsbereiche der Umwelt erheblich beeinträchtigt. Das Handbuch der Umweltverträglichkeitsstudie (HdUVP, Sept. 2011) verweist dabei auf das Forschungsvorhaben im Auftrage des Umweltbundesamtes. Dieses hat als Arbeitshilfe für typische Umweltauswirkungen

weitere Organisationsregeln zur Feststellung, ob nachhaltige Umweltauswirkungen als „schwer“ einzuschätzen sind, definiert. Die entsprechenden Ausführungen wurden dabei berücksichtigt. Zudem wurde die Anlage 1 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPVwV) einbezogen. Die nachfolgenden Ausführungen konzentrieren sich dementsprechend auf dort beschriebene Beurteilungs- bzw. Auswirkungskriterien. Die detaillierte Abarbeitung sowie die Formulierung der hieraus resultierenden Maßnahmen erfolgt im Rahmen des ergänzenden ökologischen Fachbeitrages.

Die komplette Abarbeitung der Vorprüfung erfolgt dabei tabellarisch (Anlage1). Die Gliederung orientiert sich hierbei an den Vorgaben aus Anlage 2 zum UVPG. Die jeweils vorgenommene Einstufung und Bewertung sowie die abschließende Gesamteinschätzung stellen das gutachterliche Ergebnis dar.

5 Merkmale des Vorhabens, allgemeine Auswirkungen

5.1 *Auswirkungen und Merkmale des Vorhabens*

5.1.1 Flächeninanspruchnahme / Neuversiegelung / Vegetationsverluste

Für den Neubau des Radweges werden 4.421 m² in Anspruch genommen (Neuversiegelung ca. 2.754 m², Teilversiegelung 1.204 m², Überprägung 463 m²). Rote Listen Arten wurden im Baustellenbereich nicht kartiert.

Folgende Biotopstrukturen sind betroffen:

- Einzelbaum/Baumgruppe (2 Bäume)
- Halbruderale Gras- und Staudenflur (78 m²)
- Acker (2.776 m²)
- Bach (27 m²)
- Grünland (1.355 m²)

Mögliche baubedingte Beeinträchtigungen der verbleibenden Gehölze sowie des Bodens können durch Schutzmaßnahmen vermieden werden.

5.1.2 Lärmemissionen / Schadstoffemissionen / sonstige Emissionen

Durch den Baustellenbetrieb und -verkehr können sektorale sowie temporäre Emissionen auftreten. Es sind keine baubedingten Auswirkungen, die über das Maß der derzeitigen verkehrsbedingten Auswirkungen hinausgehen, zu erwarten. Durch die Radwegenutzung werden keine Emissionen verursacht.

5.1.3 Zerschneidungswirkungen

Eine Zerschneidung der Landschaft erfolgt durch die beiden Landstraße L 473 und L 475, welche sich jedoch durch den o.a. Straßenbaumbestand gut in die Landschaft fügt. Insgesamt ist der Untersuchungsraum durch den genannten Zerschneidungseffekt und im Allgemeinen wenig vorbelastet.

5.1.4 Visuelle Änderungen

Der Bau des Radweges beschränkt sich räumlich weitgehend auf Flächen, die sich im unmittelbaren Randbereich zur L 473 befinden. Dementsprechend erfolgen Beeinträchtigungen in erster Linie durch den Verlust der Bäume am Dummbruchgraben. Da die Gehölzflächen in ihrem Bestand grundsätzlich erhalten bleiben, werden diesbezügliche Auswirkungen als nicht erheblich klassifiziert. Sichtachsen werden nicht beeinträchtigt.

5.1.5 Veränderungen des Grundwassers

Erhebliche anlagebedingte Auswirkungen auf das Schutzgut Grundwasser sind nicht zu erwarten. Versiegelung und Verdichtung reduzieren zwar grundsätzlich die Infiltration des Niederschlagswassers in den Boden, da das Niederschlagswasser jedoch über die angrenzenden Böschungen abläuft und dort versickert, ist keine Reduzierung der Grundwasserneubildungsrate zu erwarten bzw. liegen diese im Bereich der natürlichen niederschlagsabhängigen Schwankungen.

Während der Bauphase sind durch Emissionen von Fahrzeugen und durch mögliche Einträge über Baustellenabwässer oder durch Leckagen von Fahrzeugen und Geräten

Schadstoffeinträge in das Grundwasser möglich. Die Beeinträchtigungen sind temporär und unter Berücksichtigung von Vermeidungsmaßnahmen nicht erheblich.

5.1.6 Änderungen oder Verlegung von Gewässern

Änderungen oder Verlegung von Gewässern sind nicht erforderlich. Im Bereich des Dummbruchgrabens werden zum Ausgleich des verlorengegangenen Retentionsraumes 2 Mulden mit einem Volumen von ca. 11,0 und 13,0 m³ angelegt.

5.1.7 Klimatische Veränderungen

Die Beseitigung von Gehölzen bewirkt den Verlust von Immissionsschutzfunktionen. Unter Berücksichtigung der großräumig verbleibenden Gehölzbestände wird dieser als nicht erheblich klassifiziert.

Durch die Versiegelung von Freiflächen (Halbruderale Gras- und Staudenflur, Acker, Grünland) gehen zwar Freiräume verloren, die für den Temperatenausgleich und die Kaltluftproduktion eine wichtige Rolle spielen, diese werden aber unter Berücksichtigung des geringen Ausmaßes und der Vorbelastungen (L 473) als nicht erheblich klassifiziert.

Betriebsbedingt sind keine Auswirkungen zu erwarten, die über das Maß der derzeitigen verkehrsbedingten Auswirkungen hinausgehen.

5.1.8 Belastete Böden

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine belasteten oder verunreinigten Böden zu erwarten. Es liegen keine Altlastenverdachtsflächen vor. Anfallender Bodenaushub, Aufbruchmaterial sowie Fremdstoffe werden sachgerecht verwendet, entsorgt bzw. recycelt.

5.1.9 Veränderungen von Kultur- und Sachgütern

Auswirkungen auf das Schutzgut Kultur- und sonstige Sachgüter sind nicht zu erkennen.

5.1.10 Beurteilung der projektbedingten Wirkungen

Im Rahmen der Analyse der zu erwartenden vorhabensbedingten Wirkungen wurde festgestellt, dass Auswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten sind. Diese sind:

- Gehölzverluste, Verlust von halbruderaler Gras- und Staudenflur, Acker und Grünland
- Versiegelungen/Überbauungen
- Veränderungen des Ortsbildes

Um mögliche Konfliktsituationen zu vermeiden, werden im nachfolgenden Kapitel mögliche Beeinträchtigungen der unter Nr. 2 der Anlage 2 zum NUVPG genannten Nutzungs-, Qualitäts- und Schutzkriterien unter Berücksichtigung kumulativer Wirkungen geprüft.

5.2 Standortbezogene Kriterien

5.2.1 Raumordnung / Flächennutzungsplanung

Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig (RROP 2008) weist im Untersuchungsraum folgende Vorsorge- und Vorranggebiete aus:

- Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft
- Vorbehaltsgebiet für Erholung
- Vorbehaltsgebiet für Landwirtschaft (auf Grund hohen, natürlichen, standortgebundenen landwirtschaftlichen Ertragspotentials)
- Vorbehaltsgebiet für Hochwasserschutz

Dementsprechend liegen keine Festsetzungen vor, die dem geplanten Projekt entgegenstehen könnten.

Für den Standort des geplanten Vorhabens sind keine Altlasten, Ablagerungen oder Deponien bekannt. Besondere Sachgüter sind nicht betroffen.

5.2.2 Rechtswirksame Schutzgebietskategorien

Unter Punkt 3.4 der Anlage 1 wird geprüft, ob und inwieweit nach den diversen gesetzlichen Festlegungen geschützte Gebiete, Flächen oder Einzelobjekte betroffen sein können.

Das Landschaftsschutzgebiet LSG PE 00042 „Aue-Dumbruchgraben und Pferdekoppel - Wüstung Glinde“ befindet sich im Untersuchungsraum und wird somit vom Bauvorhaben tangiert.

Die Landschaftsschutzgebiete LSG PE 00006 „Gehölz des Landwirts Heinecke, Köchingen“, LSG PE 00033 „Sonnenberger Holz und Wierther Holz“, LSG PE 00039 „In der Wedewinne“ und LSG PE 00038 „Bodenstedter Holz“ befinden sich in einer Entfernung von 0,6 km, 1,0 km, 1,5 km und 2,0 km zum Untersuchungsraum und werden somit nicht vom Bauvorhaben tangiert.

Auch gehen von dem geplanten Vorhaben keine weiter reichenden Wirkungen aus, die entsprechende Gebiete erreichen könnten.

5.2.3 Auswirkungen auf die Schutzgüter

Die Einschätzung soll gemäß Anlage 2 UVPG unter Berücksichtigung der Anwendung des NUVPG anhand der Merkmale des Vorhabens, des Standortes, des Vorhabens sowie der möglichen erheblichen baulichen, betriebs- und anlagebedingten Auswirkungen erfolgen. Es sind daher insbesondere Art und Umfang (Größe) des Vorhabens und die Intensität der vom Vorhaben ausgehenden Wirkungen auf die Schutzgüter Tiere und Pflanzen/Biodiversität, Boden, Wasser, Luft/Klima, Landschaft, Mensch, Kultur- und Sachgüter sowie deren gegenseitige Wechselwirkungen zu beurteilen (vgl. Anlage 2, Pkt. 4.1 und 4.2).

Bei der Beurteilung der Auswirkungen sind nur die erheblichen Wirkungen zu betrachten, die durch die baulichen, betriebs- und anlagebedingten Änderungen im Vergleich zu dem gegenwärtigen Zustand entstehen.

Bezgl. des Schutzgutes Tiere und Pflanzen führt der Bau des Radweges zu einem Verlust von Einzelbaum/Baumgruppe (2 Bäume), Halbruderale Gras- und Staudenflur (78 m²), Acker (2.776 m²), Bach (27 m²). und Grünland (1.355 m²). Die Beeinträchtigungen werden im Rahmen der Eingriffsregelung kompensiert.

Damit es nicht zu einer direkten Beeinträchtigung brütender Vögel, ihrer Nester, Gelege, von Jungvögeln und von Fledermäusen kommt, wird die Fällungen der Bäume außerhalb der Brutperiode durchgeführt werden.

Durch den Bau des Radweges kann es zu Verletzungen im Stamm- oder im Wurzelbereich von Gehölzen kommen. Mögliche Auswirkungen werden durch Schutzmaßnahmen vermieden.

Das Schutzgut Boden wird durch eine Flächenversiegelung von insgesamt ca. 2.754 m² beeinträchtigt. Mögliche baubedingte Beeinträchtigungen werden durch Schutzmaßnahmen vermieden.

Das Schutzgut Wasser bleibt ebenfalls weitgehend unberührt. Negative erhebliche Auswirkungen durch mögliche Reduzierung der Infiltration des Niederschlagswassers werden multifunktional über die Auswirkungen auf den Boden kompensiert. Im Bereich des Dummbruchgrabens werden zum Ausgleich des verlorengegangenen Retentionsraumes 2 Mulden mit einem Volumen von ca. 11,0 und 13,0 m³ angelegt.

Die Beseitigung von Gehölzen bewirkt den Verlust von Immissionsschutzfunktionen und damit des Klimas. Unter Berücksichtigung der großräumig verbleibenden Gehölzbestände wird dieser als nicht erheblich klassifiziert. Auswirkungen auf die Lufthygiene sind nicht zu erwarten bzw. sind während der Bauausführung nur temporär.

Auswirkungen auf das Ortsbild erfolgen in erster Linie durch die erforderlichen Gehölzverluste. Da die Gehölzbereiche in Ihrem Bestand grundsätzlich erhalten bleiben, werden diesbezügliche Beeinträchtigungen als nicht erheblich klassifiziert.

Das Schutzgut Mensch / Bevölkerung / Wohnen ist in seiner Gesamtheit durch das Bauvorhaben nicht betroffen. Durch den Baubetrieb kann es temporär zu Lärmemissionen und Beunruhigungseffekten kommen, die als nicht erhebliche Wirkungen bewertet werden können.

Kultur- und Sachgüter sind nicht betroffen.

Beeinträchtigungen von gegenseitigen Wechselwirkungen der Schutzgüter sind nicht zu erkennen.

6 Gesamteinschätzung

Nach vorangegangener Prüfung ist festzustellen, dass von dem Vorhaben keine entscheidungserheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen auf die Schutzkriterien der Anlage 2 UVPG zu erwarten sind.

Schwellenwerte gem. HdUVP werden nicht überschritten.

Zusammenfassend wird aufgrund der Art und des Umfanges der vorhabensbedingten Auswirkungen unter Berücksichtigung der o. g. Hinweise eine zwingende Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für nicht erforderlich gehalten.

Erhebliche Beeinträchtigungen im Sinne des BNatSchG werden kompensiert. Zudem werden Beeinträchtigungen durch Maßnahmen vermindert bzw. vermieden.

.

7 Quellen

Literatur

ALLGEMEINE VERWALTUNGSVORSCHRIFT ZUR AUSFÜHRUNG DES GESETZES ÜBER DIE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG (UVPVwV), vom 18. September 1995

BALLA ET AL.(2011): Die Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG, in HdUVP), 2011

FORSCHUNGSGESELLSCHAFT FÜR STRASSEN- UND VERKEHRSWESSEN (FGSV, 2003): Hinweise zur allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c UVPG bei Straßenbauvorhaben

GESETZ ÜBER DIE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist

HdUVP (HANDBUCH DER UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG) September 2011, speziell die Ausführungen "Die Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG" (Balla et al. 2011).

NIEDERSÄCHSISCHES GESETZ ÜBER DIE UMWELTVERTRÄGLICHKEITSPRÜFUNG (NUVPG) in der Fassung vom 30. April 2007 (Nds.GVBl. Nr.13/2007 S.179), geändert durch Art. 2 des Gesetzes v. 24.9.2009 (Nds.GVBl. Nr.21/2009 S.361) und Gesetz v. 19.2.2010 (Nds.GVBl. Nr.6/2010 S.122)

NIEDERSÄCHSISCHES STRAßENGESETZ (NSTRG) vom 24. September 1980 (Nds.GVBl. S.359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28.10.2009 (Nds. GVBl. Nr.22/2009 S.372)

REGIONALES RAUMORDNUNGSPROGRAMM (= RROP) (2008): Regionales Raumordnungsprogramm für den Großraum Braunschweig, Zweckverband Großraum Braunschweig.